

Antworten der BayernSPD auf die Wahlprüfsteine der Notgemeinschaft „Rettet die Isar jetzt“ e.V.

A: Ableitungen der oberen Isar zur Energiegewinnung

1. Stromerzeugung und Hochwasserschutz müssen mit den gewässerökologischen Anforderungen vereinbar sein. Die von Ihnen geschilderten Probleme am Walchensee kennen wir und möchten wir beseitigen. Im Vertrag mit dem Betreiber müssen die ökologischen Bedingungen und Auflagen zur Wasserableitung verschärft werden. Dazu schließen wir eine Neuverhandlung bis hin zu einer Kündigung der Walchenseeverträge nicht aus.
2. Ja.
3. Ja. Wir wollen, dass der neue Mindestwasserleitfaden und die biologische Durchgängigkeit umgesetzt werden. Um hier Druck zu machen und offene Fragen zu klären, hat die SPD-Landtagsfraktion im Juni 2018 einen Berichts Antrag im Umweltausschuss gestellt, der angenommen wurde (vgl. Anhang). Die Ergebnisse stehen noch aus.
4. Ja. Die Einbindung von Verbänden, Initiativen und der Bevölkerung bei den Verhandlungen ist notwendig.
5. Diesen Schritt erachten wir jetzt noch nicht als sinnvoll, er darf aber als letzte Option nicht ausgeschlossen werden, wenn sich der Betreiber geforderten Vertragsänderungen versperren würde.
6. Ja.

B: Naturschutz

1. Die Attraktivität Oberbayerns wollen wir natürlich nicht reduzieren! Das prognostizierte Bevölkerungswachstum hat Probleme zur Folge, sowohl in den Städten als auch auf dem Land und für die Landschaft. Geregelt werden muss der Flächenverbrauch. Wir wollen in Deutschland eine Vorreiterrolle beim geringsten Flächenverbrauch pro Kopf anstreben. Der Schutz von Landschaft und Natur muss hier mit wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Die Weiterentwicklung von Städten und Gemeinden muss nachhaltig und platzsparend erfolgen. Viele Kommunen in Bayern haben aber zu wenig Informationen, Geld und Personal für intelligentes Flächenmanagement. Sie brauchen daher von der Staatsregierung wirksame Werkzeuge zum Flächensparen (beispielsweise eine verbesserte Datenbank) und Hilfe bei der Planung. Wir streben eine „Flächenkreislaufwirtschaft“ an: Die brachliegenden Flächen innerorts sollen vor

neuen Außenflächen genutzt werden. In Städten muss, wo möglich und nötig, nachverdichtet werden. Die Versiegelung von neuen, unbebauten Flächen kann so unterbunden werden – dafür müssen aber konkrete Baurechtsänderungen, Anpassungszeiten und wirksame Flächenspar-Instrumente beschlossen werden. Mit der Lockerung des Anbindegebots – dem Gebot, dass Gewerbegebiete bisher nur angrenzend an Städte und Gemeinden eingerichtet werden dürfen - hat die Staatsregierung die Schleusen für mehr Flächenversiegelung weit aufgemacht: Das wollen wir umgehend rückgängig machen!

2. Die Attraktivität Oberbayerns liegt unter anderem in seiner wunderschönen Landschaft begründet, die geschützt und erhalten werden muss. Tourismus- und Freizeitangebote müssen naturverträglich und nachhaltig gestaltet werden. Wir vertreten Einschränkungen von Massentourismus und -freizeitverhalten sowie von baulichen Eingriffen dort, wo sie der Natur schaden (wie beispielsweise am Riedberger Horn). Auch Sperrungen und Regulierungen des Freizeitverhaltens zum Schutz der Umwelt sind manchmal notwendig. In der Regel können aber Konflikte zwischen Naturschutz und Freizeitverhalten mit Abwägungen und im Kompromiss gelöst werden.